

Die Angst vor dem Funkloch

Kampagne der Initiativgegner

David Weber

Das «Überparteiliche Komitee gegen die widersprüchliche Mobilfunk-Initiative» lanciert den Abstimmungskampf. Das Motto: «Basel-Stadt im Funkloch?»

Die Plakate der Befürworter der Initiative «gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs» hängen bereits seit einigen Tagen in der Stadt. Gestern nun stellte das «Überparteiliche Komitee gegen die widersprüchliche Mobilfunk-Initiative» seine Kampagne vor. Mit dem Motto «Basel-Stadt im Funkloch?» warnt es vor Versorgungslücken und Nachteilen für den Wohn- und Wirtschaftsstandort Basel, wenn die Initiative angenommen würde.

Im Komitee sind Vertreter aller Parteien dabei, ausser vom Grünen Bündnis und von der EVP. Letztere hat die Initiative «gegen den Antennen-Wildwuchs» lanciert, welche unter anderem eine Beschränkung der Mobilfunkanlagen in Wohngebieten auf das absolut Notwendige fordert. LDP-Grossrat Heiner Vischer, Copräsident des Gegenkomitees, erklärte gestern vor den Medien, wieso er die Mobilfunk-Initiative für widersprüchlich hält: «Diese führt durch die Verkleinerung der Zahl der Antennen zu Hotspots mit verstärkter Strahlung.» Die Strahlenbelastung für die Bevölkerung nehme dadurch zu und nicht ab.

Im Ziel sei man sich mit den Initianten einig, sagte Grossrat Aeneas Wanner (Grünliberale), nicht aber im Ansatz. «Möglichst tiefe Strahlenwerte für die Bevölkerung» könnten nur durch eine gleichmässige Verteilung von schwächeren Antennen erreicht werden.

Diesen Ansatz verfolgt der Gegenvorschlag des Parlaments, weshalb das überparteiliche Komitee die Ablehnung der Mobilfunk-Initiative und ein Ja zum Gegenvorschlag empfiehlt. Werde die Initiative angenommen, begeben sich Basel in ein Funkloch, warnte Vischer. Die transportierten Datenmengen im Mobilfunk nehmen stetig zu. Wenn das Netz nicht weiter ausgebaut werden könne, drohen Verbindungsabbrüche. Das sei eine «ernsthafte Gefährdung des Standortes Basel», sagte Vischer.

Für die Kampagne hat das Komitee rund 40 000 Franken zur Verfügung. Unterstützt werde die Kampagne von Privaten und Unternehmen, darunter auch Mobilfunkanbietern, wie Vischer indirekt bestätigte.